ECONOMIC RESEARCH

Trend Watch 2

21.03.2016

MAKROÖKONOMIE | FINANZMÄRKTE | WIRTSCHAFTSPOLITIK | BRANCHEN

Dr. Michaela Grimm

Demographische Rahmenbedingungen für die Pflegeversicherung

Allianz

TrendWatch

Nr. 2

Demographische Rahmenbedingungen für die Pflegeversicherung

1. Status Quo: Mehr als 2,7 Millionen Pflegebedürftige 3

2. Ausblick: Demographische Entwicklung führt zum Anstieg der Pflegefälle 6

3. Marktpotenzial: Bislang geringe Nachfrage nach Zusatzpflegeversicherungen 10

AUTOR:

DR. MICHAELA GRIMM
Fon +49.89.3800-18320
michaela.grimm@allianz.com

Demographische Rahmenbedingungen für die Pflegeversicherung

Gegenwärtig sind rund 2,7 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Bis zum Jahr 2050 dürfte die Zahl der Pflegebedürftigen abhängig von der künftigen Entwicklung der Pflegequoten auf 3,5 bis 4,6 Millionen ansteigen. Gleichzeitig können die staatlichen Ausgaben für Pflege von 1,4% auf bis zu 3,9% des BIP klettern.

Trotz steigender staatlichen Aufwendungen bleibt im Pflegefall eine Kostenlücke, die künftig noch größer werden wird. Zwei von drei Befragten befürchten, selbst einmal ein Pflegefall zu werden und 43% aller Befragten mit mittleren Einkommen geben an, sich Sorgen um ihre finanzielle Absicherung im Pflegefall zu machen. Dennoch haben bislang nur gut 4% der über 18-jährigen Bevölkerung in Deutschland eine zusätzliche private Pflegeversicherung abgeschlossen. Vor diesem Hintergrund bietet die zusätzliche private Pflegeversicherung großes Wachstumspotenzial. Unter realistischen Annahmen hinsichtlich Verbreitung und Preisentwicklung könnte das Prämienvolumen in der privaten Pflegezusatzversicherung bis zum Jahr 2035 auf 8,8 Mrd. bis 15,9 Mrd. EUR ansteigen. Dies entspräche einem durchschnittlichen Wachstum von 12,2% bis 15,5% pro Jahr über die nächsten 20 Jahre.

1. STATUS QUO: MEHR ALS 2,7 MILLIONEN PFLEGEBEDÜRFTIGE

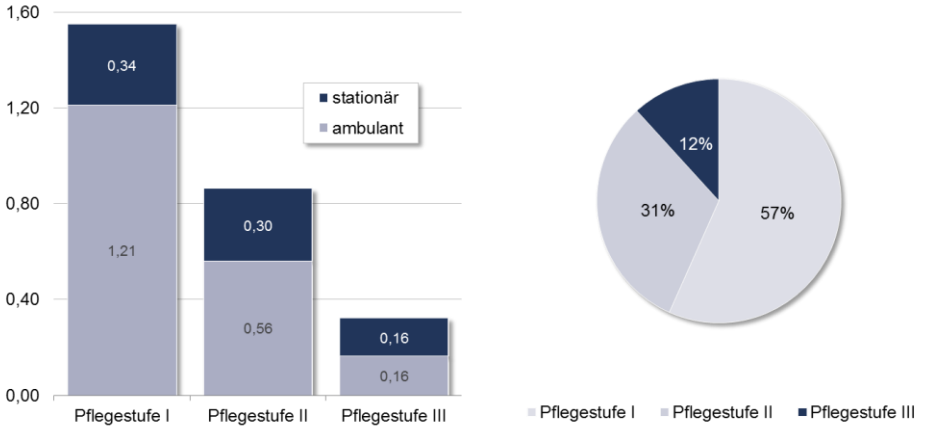
Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland ist in den letzten zehn Jahren um rund 700.000 auf 2,74 Millionen angestiegen, davon sind nahezu zwei Drittel Frauen.[1] 3,4% der Bevölkerung sind damit pflegebedürftig und nahezu jeder Vierte hatte laut einer repräsentativen Umfrage des Bundesministeriums für Gesundheit zum Thema Pflege im Jahr 2015 einen Pflegebedürftigen im engeren Familienkreis.[2]

Von den mehr als 2,7 Millionen Empfängern von Leistungen aus der gesetzlichen und privaten Pflegepflichtversicherung war 2014 der Großteil, nämlich 57%, in Pflegestufe I eingestuft. Von ihnen lebten 78% zu Hause und lediglich 22% in einem Pflegeheim. Ein knappes Drittel der Pflegebedürftigen, 859.323 Personen, bezog Leistungen gemäß Pflegestufe II, wovon 65% zu Hause gepflegt wurden und 35% in einer stationären Einrichtung untergebracht waren. Nur 12% aller Pflegebedürftigen erhielt Leistungen der Stufe III. Von den 320.027 Personen in dieser Pflegestufe wurden etwas mehr als die Hälfte, 50,2%, zu Hause versorgt.[3] Von den im Jahr 2014 neu anerkannten Pflegebedürftigen wurden 66,5% in Stufe I, 18,8% in Stufe II und 4,6% in Stufe III eingruppiert; 10,9% der bewilligten Anträge kamen von Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz.[4]

[1] Vgl. Bundesamt für Statistik, Bundesministerium für Gesundheit und Verband der Privaten Krankenkassen.
[2] Vgl. Bundesministerium für Gesundheit (2015): Was bedeutet Pflege für Deutschland? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im September 2015.
[3] Vgl. Bundesministerium für Gesundheit (2015): Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung, Stand 13.03.2015.
[4] Vgl. Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen (2015) und Bundesministerium für Gesundheit (2015).

Mehr als die Hälfte der 2,7 Millionen Pflegebedürftigen ist in Pflegestufe I eingruppiert

Pflegebedürftige, insgesamt, nach Versorgungsart und Pflegestufe (2014)
(in Millionen, in Prozent)



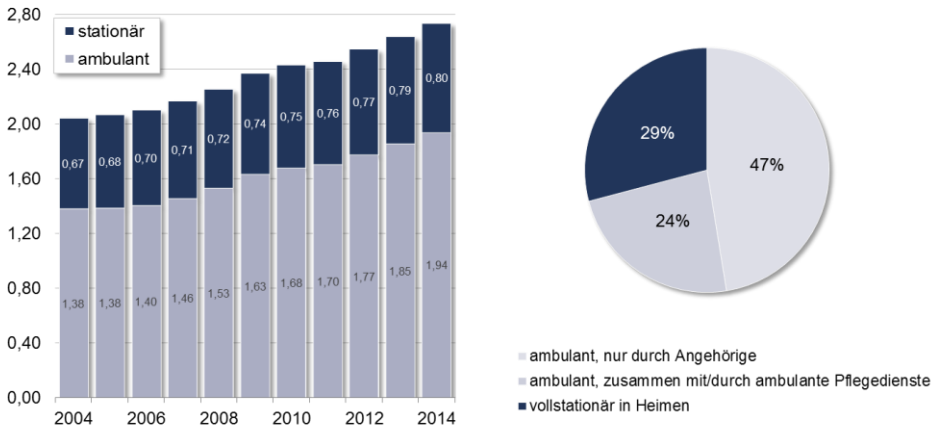
Quellen: Bundesamt für Statistik, Bundesministerium für Gesundheit, PKV.

Zwei von drei Pflegebedürftigen werden zuhause versorgt

Damit wird der Großteil der Pflegebedürftigen, rund 70%, zu Hause, in den meisten Fällen von der Tochter bzw. Schwiegertochter und/oder dem Ehepartner, versorgt. Knapp die Hälfte aller Pflegebedürftigen bewältigt den Alltag ausschließlich mit Hilfe von Angehörigen, Freunden oder Nachbarn. Jeder Vierte nimmt zuhause die professionelle Hilfe eines ambulanten Pflegedienstes in Anspruch. Nur jeder Dritte lebt in einem Pflegeheim.

Mehr als 2,7 Millionen sind pflegebedürftig

Pflegebedürftige, insgesamt, nach Versorgungsart und Pflegestufe (2014)
(in Millionen, in Prozent)

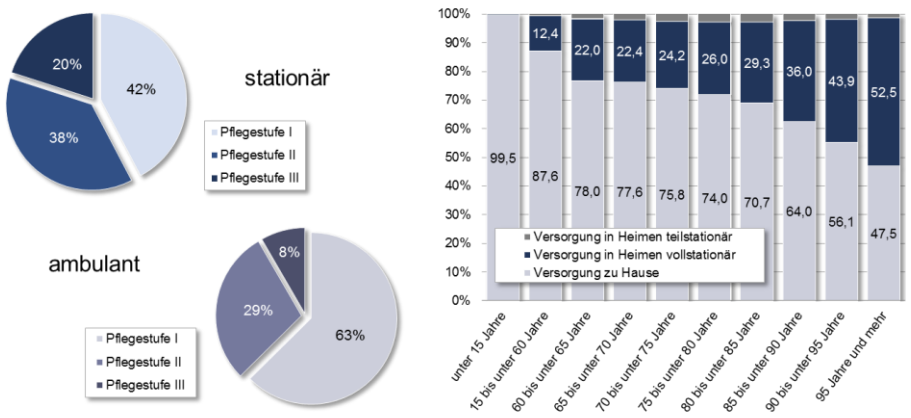


Quellen: Bundesamt für Statistik, Bundesministerium für Gesundheit, PKV.

Der Umzug in ein Pflegeheim wird in der Regel erst dann erwogen, wenn die gesundheitlichen Einschränkungen größer werden oder die familiäre Situation keine Pflege zuhause erlaubt. So waren 2014 rund 38% aller stationär versorgten Personen in Pflegestufe II und 20% in Pflegestufe III eingruppiert. Von den ambulant versorgten und zu Hause lebenden Pflegebedürftigen bezogen hingegen lediglich 29% Leistungen gemäß Stufe II und nur 8% der Pflegestufe III, der überwiegende Teil, nämlich 63%, war in Pflegestufe I eingestuft.

Ein Großteil der pflegebedürftigen Hochaltrigen ist stationär untergebracht

Pflegebedürftige, insgesamt, nach Versorgungsart (2014)
(in Prozent)



Quellen: Bundesamt für Statistik, Bundesministerium für Gesundheit, PKV.

Des Weiteren war die Hälfte aller stationär versorgten Pflegepatienten 85 Jahre oder älter. Dies hängt zum einen mit der Schwere der Erkrankung, die in der Regel mit dem Alter fortschreitet, und zum anderen aber auch mit der Tatsache zusammen, dass in diesem Alter viele Menschen allein leben und häufig keine Angehörigen in der Nähe haben, die die Pflege leisten könnten. Während mehr als drei Viertel der 60- bis 74-Jährigen und von den 75- bis 84-Jährigen mit Pflegebedarf über 70% Zuhause versorgt wurden, lebte von den 85- bis 89-Jährigen jeder Dritte und von den über 90-Jährigen nahezu jeder Zweite in einem Pflegeheim.

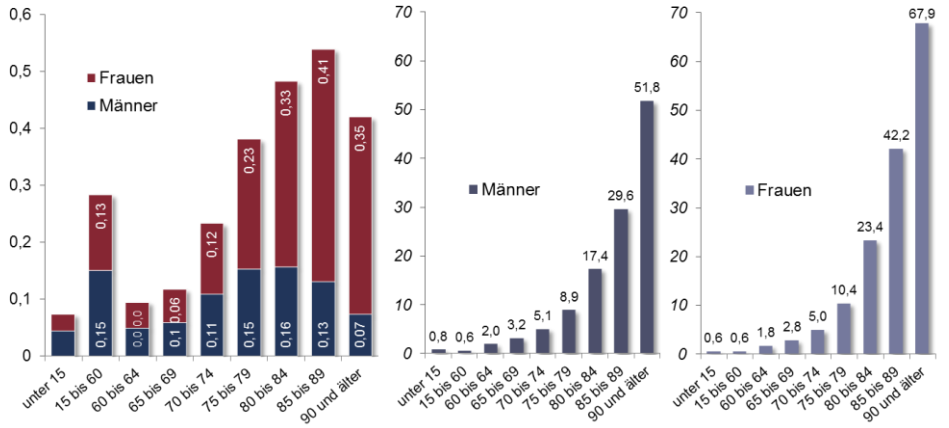
Das Pflegerisiko steigt exponentiell mit dem Alter

Der Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen ist vor allem mit der zunehmenden Alterung der Gesellschaft zu erklären. Zwei von drei Pflegebedürftigen sind älter 75 Jahre, jeder Zweite über 80. Das Pflegerisiko steigt mit dem Lebensalter, wobei es sich ab dem 70. Lebensjahr alle fünf Jahre nahezu verdoppelt. Des Weiteren ist in der Altersgruppe 75 und älter bei den Frauen ein wesentlich stärkerer Anstieg der Pflegequoten zu beobachten als bei den Männern. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass Frauen aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung in hohem Alter häufiger allein leben als Männer. Wenn sie pflegebedürftig werden, besteht dann öfter die Notwendigkeit einen Antrag auf Pflegeleistungen zu stellen als bei gleichaltrigen pflegebedürftigen Männern, die zum Großteil von der Ehefrau versorgt werden.[5]

[5] Vgl. z.B. Bundesamt für Statistik (2010): Demographischer Wandel in Deutschland, Heft 2, Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern, Wiesbaden 2010, S. 25.

Das Pflegerisiko steigt mit dem Alter

Anteil der Pflegebedürftigen in der jeweiligen Altersklasse, nach Geschlecht
(in Millionen, in Prozent, 2013)



Quelle: Bundesamt für Statistik.

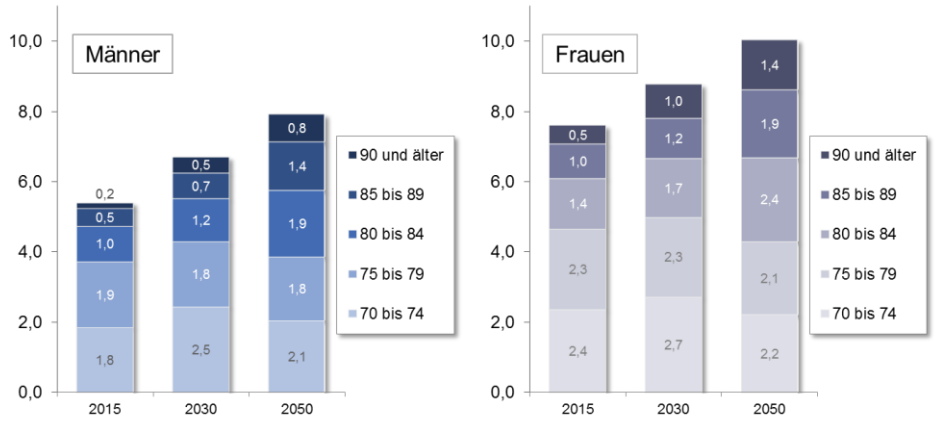
Am niedrigsten ist die Pflegequote generell unter den 15- bis 60-Jährigen: 2014 waren in dieser Altersklasse sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen lediglich 0,6% pflegebedürftig. Etwas höher, jedoch noch deutlich unter 5 % lagen die Pflegequoten in den Altersklassen 60 bis 64 und 65 bis 69: Von den 60- bis 64-Jährigen waren rund 2% und unter den 65- bis 69-Jährigen 3% pflegebedürftig. Bei den 70- bis 74-Jährigen lag die Pflegequote sowohl bei den Männer als auch den Frauen bei 5%. In der Altersklasse 75 bis 79 war sie nicht nur nahezu doppelt so hoch, es wurden auch erste Unterschiede deutlich: Knapp neun von hundert Männern und bereits mehr als jede zehnte Frau in dieser Altersstufe konnten ihren Alltag nicht mehr ohne Hilfe bewältigen. Von den 80- bis 84-Jährigen waren 17% aller Männer und über 23% der Frauen, bei den 85- bis 89-Jährigen bereits knapp 30% der Männer und über 42% der Frauen pflegebedürftig. Am höchsten war der Pflegebedarf bei den über 90-Jährigen: knapp 52% aller Männer und 68% aller Frauen in diesem Alter waren 2014 auf Hilfe angewiesen.

2. Ausblick: Demographische Entwicklung führt zum Anstieg der Pflegefälle

Allein aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Zahl der Pflegebedürftigen künftig weiter ansteigen. Bis Mitte des Jahrhunderts dürften rund 5 Millionen mehr über 70-Jährige in Deutschland leben als heute. Aufgrund der weiter steigenden Lebenserwartung werden künftig insbesondere die höheren Altersklassen stärker besetzt sein. Gegenwärtig sind rund 5,4 Millionen aller Männer über 70 Jahre alt. Davon ist nur jeder Dritte 80 Jahre oder älter; bei den rund 7,5 Millionen Frauen beträgt der Anteil der über 80-Jährigen 40%. Im Jahr 2050 dürften rund 8 Millionen über 70-jährige Männer und 10 Millionen über 70-jährige Frauen in Deutschland leben. Jeder zweite Mann und 57% der Frauen dürfte dabei älter als 80 Jahre alt sein, d.h. die Zahl der Hochaltrigen dürfte sich bis Mitte des Jahrhunderts von heute 4,9 Millionen auf knapp 10 Millionen verdoppeln.

Die Zahl der Hochaltrigen wird deutlich steigen

Bevölkerung, nach Altersklasse und Geschlecht
(in Millionen)



Quelle: Bundesamt für Statistik, 13. Bevölkerungsvorausschätzung, Variante 1.

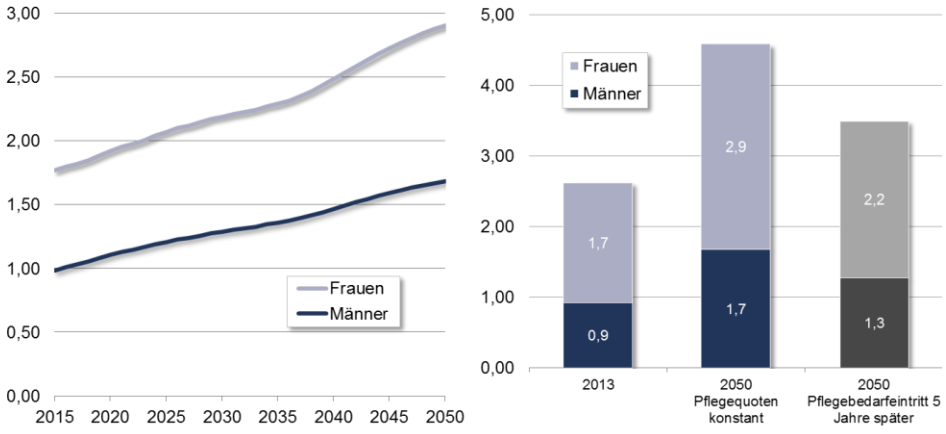
Die Zahl der Pflegebedürftigen wird um bis zu 2 Millionen steigen

Die Alterung der Gesellschaft wird damit auch einen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen nach sich ziehen. Bei der Berechnung der künftigen Pflegefallzahlen kann man zum einen unterstellen, dass die Pflegequoten konstant bleiben oder aber davon ausgehen, dass sich der Eintritt der Pflegebedürftigkeit in den nächsten Jahrzehnten schrittweise in höhere Alter verschiebt: Blieben die Pflegequoten in allen Altersklassen konstant, stiege die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 um weitere 700.000 auf knapp 3,5 Millionen und bis Mitte des Jahrhunderts auf rund 4,6 Millionen an. Aufgrund der höheren Lebenserwartung von Frauen werden auch künftig zwei Drittel aller Pflegebedürftigen weiblich sein.

Anstieg der Pflegefälle demographisch bedingt

Pflegebedürftige, nach Geschlecht
(in Millionen, konstante Pflegequoten)

Pflegebedürftige, nach Geschlecht
(in Millionen, Pflegequoten-Szenarien 2050)



Quellen: Bundesamt für Statistik, 13. Bevölkerungsvorausschätzung, Variante 1, Bundesministerium für Gesundheit, Allianz Economic Research.

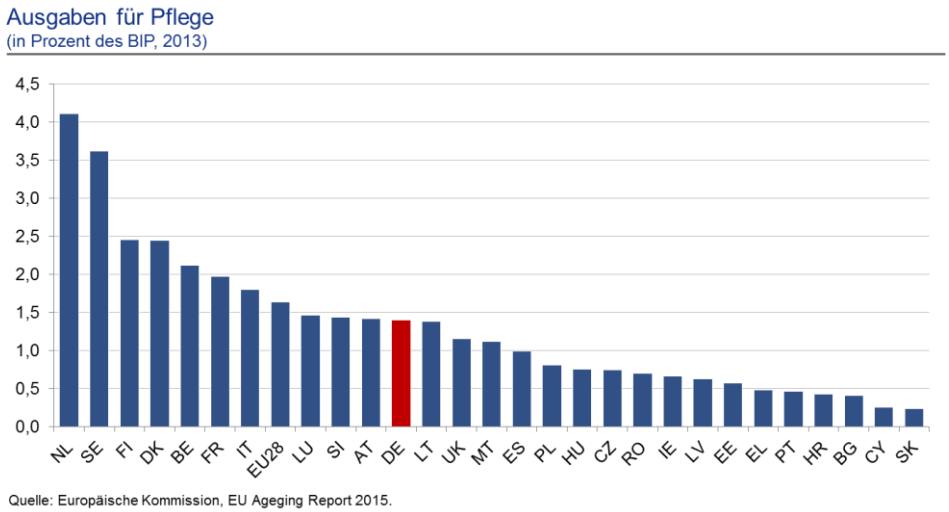
Würde es jedoch gelingen, durch Präventionsmaßnahmen und eine bessere medizinische Versorgung den Eintritt der Pflegebedürftigkeit in höhere Alter zu verschieben, könnte man diesen Anstieg dämpfen. Unterstellt man z.B., dass sich der Eintritt der Pflegebedürftigkeit entsprechend dem in der 13. Bevölkerungsvorausschätzung des Bundes-

amts für Statistik unterstellten Anstieg der Lebenserwartung bis in die Altersklasse der 80- bis 84-Jährigen jeweils um 5 Jahre verschiebt, d.h. die Pflegequoten der jeweils jüngeren Altersklasse zuträfen, wären Mitte des Jahrhunderts statt 4,6 „nur“ 3,5 Millionen, d.h. rund eine Million weniger Einwohner pflegebedürftig als im Szenario mit konstanten Pflegequoten.[6] Mit Blick auf das nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters wachsenden Gesundheitsbewusstseins, einer steigenden Zahl an betrieblichen Präventionsprogrammen und des sich wandelnden Altersbilds, erscheint ein Rückgang der Pflegequoten bei den unter 85-Jährigen aus unserer Sicht durchaus plausibel. Was allerdings nichts an der Tatsache ändern dürfte, dass der Eintritt der Pflegebedürftigkeit für den einzelnen Betroffenen neben den gesundheitlichen Einschränkungen in der Regel auch künftig finanzielle Belastungen bedeuten wird.

Künftig dürfte ein größerer Teil des BIP für Pflegeleistungen aufgewendet werden

Mit der wachsenden Zahl Pflegebedürftiger werden auch die Pflegekosten und die Ausgaben für Pflege weiter ansteigen. Im Jahr 2013 summierten sich die staatlichen Leistungen für Pflegebedürftige in Deutschland laut EU Statistik auf 1,4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit lag Deutschland im europäischen Vergleich im Mittelfeld.[7] In der Europäischen Union (EU 28) beliefen sich die Ausgaben für Pflege im Schnitt auf 1,6% des BIP; am höchsten war der Anteil in den Niederlanden mit 4,1% und in Schweden, wo der Staat 3,6% des BIPs für Pflegeleistungen aufwendete. Deutlich geringer als in Deutschland war der Anteil der entsprechenden Aufwendungen hingegen in den osteuropäischen Mitgliedsländern; die gemessen am BIP niedrigsten staatlichen Ausgaben für Pflege mit einem Anteil von gerade einmal 0,2% wies die Slowakei aus.

Deutschland bei den Pflegeausgaben im EU Mittelfeld



Quelle: Europäische Kommission, EU Ageging Report 2015.

Die künftige Ausgabenentwicklung hängt neben der staatlichen Ausgestaltung des Pflegesystems maßgeblich von der Entwicklung der Pflegequoten in den einzelnen Altersklassen sowie des Bedarfs an professioneller und dabei insbesondere stationärer Pflege ab. Die Europäische Kommission hat dies in drei ihrer Szenarien[8] berücksichtigt: Im so-

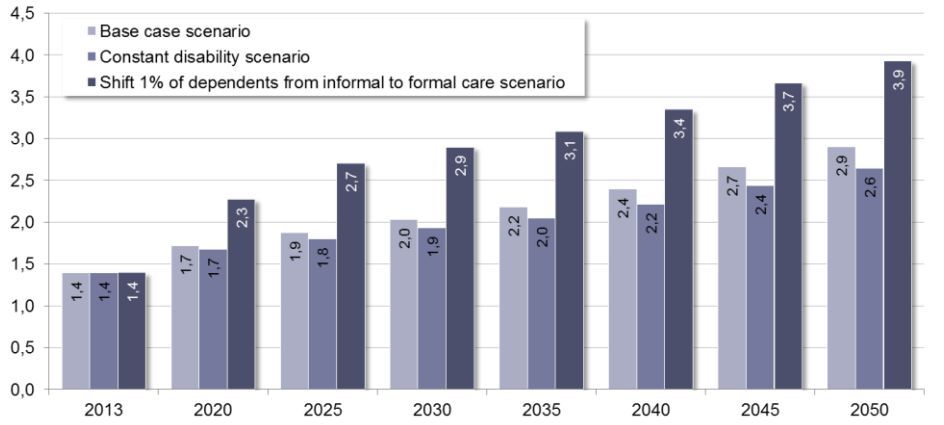
[6] Eigene Berechnung auf Basis der Pflegequoten des Bundesministeriums der Gesundheit und der Variante 1 der 13. Bevölkerungsvorausschätzung des Bundesamts für Statistik.
[7] Vgl. Europäische Kommission (2015): The 2015 Ageing Report. Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060), Brussels 2015.
[8] Vgl. Europäische Kommission (2015): The 2015 Ageing Report. Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060), Brussels 2015.

genannten Basisszenario (base case scenario) wird unterstellt, dass sowohl die Pflegequoten in den einzelnen Altersklassen als auch die Verteilung innerhalb der Altersklassen im Hinblick auf die Inanspruchnahme von ambulanter und stationärer Pflege konstant bleiben. In diesem Fall beliefen sich die Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung in Deutschland im Jahr 2030 auf 2,0% des BIPs und Mitte des Jahrhunderts auf 2,9% des BIPs.

Geht man davon aus, dass sich der Eintritt des Pflegebedarfs entsprechend des unterstellten Anstiegs der Lebenserwartung in den einzelnen Altersklassen jeweils um einige Jahre nach hinten verschiebt (constant disability scenario), fiele der Anstieg der Pflegeausgaben etwas geringer aus. Bis 2030 stiegen sie in diesem Fall auf 1,9% des BIPs und bis 2050 auf 2,6% des BIPs. Zieht man jedoch in Betracht, dass künftig aufgrund der wachsenden Zahl Alleinstehender und Kinderloser aller Voraussicht nach ein größerer Teil der Bevölkerung auf professionelle Pflege angewiesen sein wird, ist mit einem deutlich stärkeren Anstieg der Ausgaben für Pflegeleistungen zu rechnen. Unter der Annahme, dass die Pflegequoten in den einzelnen Altersklassen konstant bleiben, der Anteil derjenigen, die professionelle Pflege beanspruchen müssen, innerhalb der nächsten zehn Jahre jedoch um jeweils 1% ansteigt und anschließend konstant bleibt (shift to formal care scenario), lägen die staatlichen Ausgaben für Pflegeleistungen bereits 2030 bei 2,9% und 2050 bei 3,9% des BIPs.[9]

Künftig dürfte ein höherer Anteil des BIP für Pflegeleistungen aufgewendet werden

Ausgaben für Pflege
(in Prozent des BIP, Deutschland, Szenarien)



Quelle: Europäische Kommission, EU Ageging Report 2015.

Die Pflegekostenlücke wird größer

Allerdings werden die Leistungen der als Teilkaskoversicherung konzipierten gesetzlichen und privaten Pflichtpflegeversicherung auch künftig nur einen Teil der im Pflegefall tatsächlich anfallenden Kosten decken. 2015 lagen z.B. die Leistungen der Pflegeversicherung für häusliche Pflege in der Pflegestufe I im Schnitt monatlich um 400 EUR unter den von ambulanten Pflegediensten in Rechnung gestellten Kosten. Weitaus höher war die Differenz im Fall einer stationären Unterbringung im Pflegeheim: In Pflegestufe III beliefen sich die Gesamtkosten in diesem Fall inklusive Verpflegung, Unterkunft und Investi-

[9] Dabei wird von einem konstanten rechtlichen Rahmen ausgegangen. Mögliche Reformen werden nicht berücksichtigt.

tionszulage 2015 im Schnitt auf 3.300 EUR pro Monat; die gesetzliche und private Pflegepflichtversicherung übernahm davon 1.612 EUR, d.h. es blieb eine Lücke von rund 1.700 EUR monatlich.[10] Im Jahr 2014 lag die durchschnittliche Altersrente eines Mannes bei 1037 EUR, während die durchschnittliche Bezieherin einer Rente wegen Alters über monatlich 618 EUR verfügte.[11] Mit Blick auf das künftig weiter sinkende Rentenniveau einerseits und steigender Pflegekosten andererseits dürfte die Pflegekostenlücke größer werden.

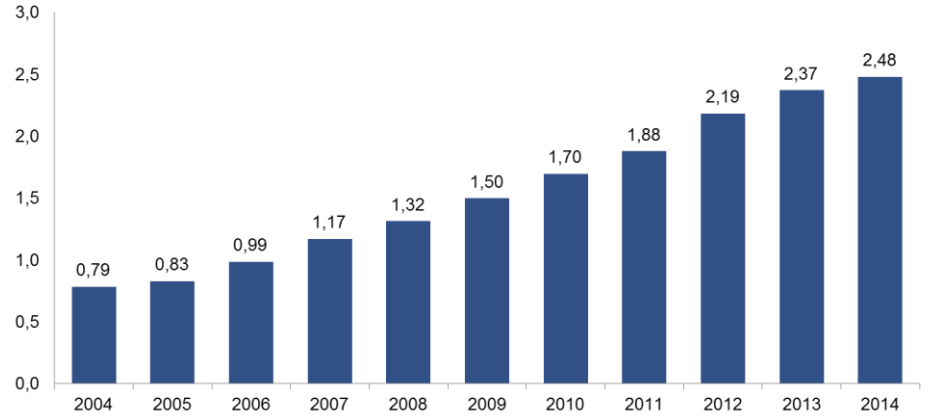
3. MARKTPOTENZIAL: BISLANG GERINGE NACHFRAGE NACH ZUSATZPFLEGEVERSICHERUNGEN

Aufgrund der möglicherweise entstehenden Kosten machten sich laut Umfrage des Bundesgesundheitsministeriums im Herbst 2015 insgesamt 42% aller Befragten Sorgen um ihre finanzielle Absicherung im Pflegefall, wobei es in den einzelnen Einkommensklassen deutliche Unterschiede gab: Unter denjenigen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.500 EUR pro Monat machten sich 54% Sorgen um ihre finanzielle Absicherung, in der Einkommensklasse 1.500 EUR bis 3.000 EUR pro Monat waren es 43% und unter denen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 3.000 EUR lediglich 34%.[12] Dennoch ist die Zahl derer, die bereits eine Pflegezusatzversicherung abgeschlossen haben, relativ gering. In den letzten zehn Jahren hat sich die Anzahl der abgeschlossenen Pflegezusatzversicherungen zwar mehr als verdoppelt, Ende 2014 waren es jedoch laut PKV gerade einmal knapp 2,5 Millionen Personen, d.h. insgesamt nur etwas mehr als 4% der über-18-Jährigen Bevölkerung, die eine Pflegezusatzversicherung und 558.600 die eine staatlich geförderte sogenannte „Pflege Bahr"-Versicherung abgeschlossen hatten.[13] Der Großteil der Versicherungsnehmer in der geförderten Pflegezusatzversicherung ist dabei zwischen 40 und 69 Jahre alt[14]; die durchschnittliche monatliche Prämie lag bei 26 EUR.[15]

[10] Vgl. Beispielrechnung der Allianz; Bundesministerium für Gesundheit (2015): Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung, Stand 13.03.2015.
[11] Vgl. Deutsche Rentenversicherung (2015): Statistik der Deutschen Rentenversicherung. Rentenbestand.
[12] Vgl. Bundesministerium für Gesundheit (2015): Was bedeutet Pflege für Deutschland? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im September 2015.
[13] Die PKV weist höhere Zahlen aus als die Bafin. Laut PKV hatten 371.400 Personen ein Pflegekostenversicherung und 2,25 Millionen Personen eine Pflegetagegeldversicherung abgeschlossen. Vgl. PKV Zahlenportal.
[14] Vgl. PKV Zahlenbericht 2014, S. 36.
[15] Vgl. Bafin: Tabelle 450 Bestand an selbst abgeschlossenen Krankenversicherungen 2014.

Bislang relativ geringe Verbreitung der Pflegezusatzversicherung

Personen mit ergänzender Pflegezusatzversicherungen
(in Millionen, Deutschland)



Quelle: PKV.

Hohes Marktpotenzial

Da in Zukunft ein größerer Teil der Bevölkerung mit dem Thema Pflege im eigenen Umfeld konfrontiert werden dürfte, ist davon auszugehen, dass auch die Zahl derjenigen, die sich zu einer zusätzlichen finanziellen Absicherung entschließen, weiter zunehmen wird. Bislang verlassen sich offensichtlich die meisten ausschließlich auf die gesetzliche Pflegeversicherung und übersehen dabei, dass es sich dabei nur um eine Art Teilkaskoversicherung handelt. Nicht zuletzt deshalb wurde 2013 eine staatlich geförderte Pflegezusatzversicherung eingeführt, die jedoch bislang nur sehr verhalten angenommen wird. Spätestens dann, wenn die eigenen Eltern pflegebedürftig werden und anteilmäßig Kosten für den Pflegedienst oder die Unterbringung in einem Pflegeheim übernommen werden müssen, dürften jedoch viele die eigene Vorsorge überdenken.

Nimmt man an, dass der Anteil derjenigen, die eine private Pflegezusatzversicherung abgeschlossen haben, in der Alterskohorte der 45- bis 60-Jährigen bis 2035 sukzessive auf 60% und in höheren Altern in der Folge auf über 50% steigt, ergäbe sich langfristig ein Kundenpotenzial von bis zu 28 Millionen. Das entspräche 2035 knapp 43% der über 18-jährigen Bevölkerung.

Entsprechend hoch ist damit das potentielle Prämienwachstum. Selbst wenn der monatliche Beitragssatz von 26 EUR konstant bliebe, würde sich das Prämienvolumen im Jahr 2035 auf 8,8 Mrd. EUR belaufen. Unterstellt man einen Anstieg der monatlichen Beitragssätze um 3% pro Jahr, läge das Prämienvolumen 2035 bei 15,9 Mrd. EUR. Über die nächsten 20 Jahre ergäbe sich damit eine durchschnittliche Wachstumsrate zwischen 12,2% und 15,5% pro Jahr. Der Markt für private Pflegezusatzversicherungen hat damit das Potenzial in den nächsten Jahren zu den am dynamischsten wachsenden Marktsegmenten zu gehören.

Die Einschätzungen stehen wie immer unter den nachfolgend angegebenen Vorbehalten.

ÜBER DIE ALLIANZ GRUPPE

Die Allianz ist zusammen mit ihren Kunden und Vertriebspartnern eine der stärksten Finanzgemeinschaften. Rund 85 Millionen von der Allianz versicherten Privat- und Unternehmenskunden setzen auf Wissen, globale Reichweite, Kapitalkraft und Solidität der Allianz, um finanzielle Chancen zu nutzen, Risiken zu vermeiden und sich abzusichern. 2015 erwirtschafteten rund 142.000 Mitarbeiter in über 70 Ländern einen Gesamtumsatz von 125,2 Milliarden Euro und erzielten ein operatives Ergebnis von 10,7 Milliarden Euro. Die Leistungen an Kunden summierten sich auf 107,4 Milliarden Euro. Dieser Geschäftserfolg mit Versicherungs-, Asset Management- und Assistance-Dienstleistungen fußt zunehmend auf dem Kundenbedarf nach krisenfesten Finanzlösungen für die alternde Gesellschaft und die Herausforderungen des Klimawandels. Transparenz und Integrität sind wesentliche Elemente einer nachhaltigen Unternehmensführung der Allianz SE.

VORBEHALT BEI ZUKUNFTSAUSSAGEN

Soweit wir in diesem Dokument Prognosen oder Erwartungen äußern oder die Zukunft betreffende Aussagen machen, können diese Aussagen mit bekannten und unbekannten Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können daher wesentlich von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Neben weiteren hier nicht aufgeführten Gründen können sich Abweichungen aufgrund von (i) Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation, vor allem in Allianz Kerngeschäftsfeldern und -märkten, (ii) Entwicklungen der Finanzmärkte (insbesondere Marktvolatilität, Liquidität und Kreditereignisse), (iii) dem Ausmaß oder der Häufigkeit von Versicherungsfällen (zum Beispiel durch Naturkatastrophen) und der Entwicklung der Schadenskosten, (iv) Sterblichkeits- und Krankheitsraten beziehungsweise -tendenzen, (v) Stornoraten, (vi) insbesondere im Bankbereich, der Ausfallrate von Kreditnehmern, (vii) Änderungen des Zinsniveaus, (viii) Wechselkursen, einschließlich des Euro/US Dollar-Wechselkurses, (ix) Gesetzes- und sonstigen Rechtsänderungen, insbesondere hinsichtlich steuerlicher Regelungen, (x) Akquisitionen, einschließlich anschließender Integrationsmaßnahmen, und Restrukturierungsmaßnahmen, sowie (xi) allgemeinen Wettbewerbsfaktoren ergeben. Terroranschläge und deren Folgen können die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von Abweichungen erhöhen.

KEINE PFLICHT ZUR AKTUALISIERUNG

Die Gesellschaft übernimmt keine Verpflichtung, die in dieser Meldung enthaltenen Informationen und Zukunftsaussagen zu aktualisieren, soweit keine gesetzliche Veröffentlichungspflicht besteht.